

BERICHT AUS BERLIN

von Dr. Inge Gräßle



Ausgabe 049 | 22.3.2024

Die Union liefert: Unser [Gesetzentwurf](#) zur rechtssicheren Einführung einer Bezahlkarte im Asylbewerberleistungsgesetz („Bezahlkartengesetz“)

Liebe Leserin, lieber Leser,

Erst auf großen Druck von CDU und CSU erklärte sich der Bundeskanzler in der Ministerpräsidentenkonferenz am 6. November 2023 dazu bereit, die Rechtsgrundlage für die bundesweite Einführung von Bezahlkarten für Asylbewerber zu schaffen. Mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bestand Einigkeit in der Zielsetzung, Barauszahlungen an Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) weiter einzuschränken. So sollen Anreize zur irregulären Migration nach Deutschland reduziert und auch der Verwaltungsaufwand bei den Kommunen minimiert werden.

Hierzu sollen bundesweit Leistungen durch die Ausgabe von Bezahlkarten gewährt werden können. Notwendigen gesetzlichen Anpassungsbedarf im AsylbLG wollte die Bundesregierung zeitnah auf den Weg bringen. Die Bundesländer haben in einem gemeinsamen Beschluss vom 31. Januar 2024 die Bundesregierung gebeten,

Änderungen im AsylbLG vorzunehmen. Diese sollen die Grundlage für eine rechtssichere Einführung der Bezahlkarte legen. Bisher liegt kein geeinter Gesetzentwurf der Regierungskoalition vor, da die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen der eigenen Bundesregierung die Zustimmung verweigert.



Die Tatenlosigkeit der Regierung im Bereich der Migrationspolitik ist nicht länger hinzunehmen. Dem Wunsch der Bundesländer folgend, legen wir nun [mit einem eigenen Gesetzentwurf](#) für eine rechtssichere Grundlage für die Einführung von Bezahlkarten vor.

Angesichts des aktuellen Zustroms von Asylbewerbern, der die Kommunen überfordert und Deutschland an seine Belastungsgrenze bringt, ist es richtig, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz möglichst in Form von Sachleistungen oder mittels Bezahlkarte zu erbringen. Wird hiervon nicht hinreichend Gebrauch gemacht, ist in Zukunft darüber hinaus ein entsprechender

Vorrang im Asylbewerberleistungsgesetz festzuschreiben, um Anreize für die ungesteuerte Asylnmigration nachhaltig zu verringern.

Den wortreichen Ankündigungen des Bundeskanzlers zur Einführung der Bezahlkarte folgt jetzt der politische Stillstand: Die grüne Bundestagsfraktion verweigert ihrer eigenen Koalition die Gefolgschaft. Diese neueste Episode im endlosen Streit der Bundesregierung sagt viel aus über die mangelnde Autorität des Bundeskanzlers in seiner eigenen Koalition.

Wir fordern die Bundesregierung erneut auf, endlich die Anreize zur irregulären Migration nach Deutschland abzustellen!

Mit unserem [Antrag Agrardiesel-Steuerentlastung für unsere Landwirtschaft unverzichtbar](#) – den wir in dieser Woche erstmalig beraten – setzen wir uns entschieden für die Fortführung der steuerlichen Entlastung beim Agrardiesel ein.

Wir beobachten mit Sorge, dass sich die Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft in Deutschland – wie auch andere Wirtschaftszweige – in einer Krise befindet. Die geplante Abschaffung der Steuerentlastung beim Agrardiesel durch die Bundesregierung ist – ungeachtet der zwischenzeitlich erfolgten Abschwächung der Sonderbelastungen – ein erheblicher Nachteil für unsere Landwirtinnen und Landwirte und eine Schwächung der landwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit.

Mit unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, die Agrardiesel-Steuerentlastung dauerhaft fortzuführen. Diese Maßnahme ist unverzichtbar, um die heimische Land- und Forstwirtschaft in diesen herausfordernden Zeiten zu unterstützen und ihren Beitrag zur Sicherung der Ernährung und zum Erhalt der Kulturlandschaft in Deutschland abzusichern.

Entgegen unserem Wunsch wurde der Antrag nicht abgestimmt, sondern in den Finanzausschuss überwiesen.



Am heutigen Freitag hat der Bundesrat das „Wachstumschancengesetz“ verabschiedet. Nachdem Landwirtschaftsminister Cem Özdemir nachhaltige Steuererleichterungen und Bürokratieabbau versprochen hatte, hatten auch die CDU-geführten Bundesländer Zustimmung signalisiert. **(siehe unten)**

Wir werden den Landwirtschaftsminister peinlich genau beobachten und mahnen, seine Versprechungen auch einzuhalten. Er steht im Wort: Die Erleichterungen für die Bauern müssen kommen!

Zustimmung im Bundesrat zum Wachstumsförderungsgesetz

Die Union konnte dem Wachstumschancengesetz zustimmen, da es den unionsgeführten Bundesländern im von uns angestrebten Vermittlungsverfahren ein zustimmungsfähiges Ergebnis erzielt werden konnte.

Wir konnten im Vermittlungsverfahren wichtige Verbesserungen für die Wirtschaft im Allgemeinen und die Landwirtschaft im Besonderen durchsetzen.

Dazu zählen:

- verbesserte Abschreibungsbedingungen für Wohngebäude sowie bewegliche Wirtschaftsgüter,
- erhöhte Verlustverrechnungsmöglichkeiten,
- keine vorzeitige Anhebung des aktuellen Umsatzsteuersatzes auf Gas von 7 % auf 19 % zum 1. März 2024,
- keine sogenannte „Klimainvestitionsprämie“ sowie Anzeigepflichten für nationale Steuergestaltungen und
- keine erhöhte Umsatzsteuer-Pauschalbesteuerung für Landwirte.

Gerade letzterer Aspekt war uns wichtig, weil dies sonst noch eine weitere Belastung für die Landwirtschaft bedeutet hätte.

Die Ampel und insbesondere die SPD-geführten Bundesländer waren nicht dazu bereit, die Agrardiesel-Rückerstattung für die Landwirte beizubehalten. Den vollmundigen Ankündigungen einer Reihe von SPD-Ministerpräsidenten – von Herrn Weil in Niedersachsen über Herrn Woidke in Brandenburg bis hin zu Frau Schwesig in Mecklenburg-Vorpommern – sind keine Taten gefolgt. Das ist ein schwerer Schlag für unsere Landwirte.

Zugleich haben wir in intensiven Gesprächen mit der Landwirtschaft und der Bundesregierung ein Maßnahmenbündel für die Landwirtschaft erreicht. Dazu zählen:

- Aufhebung der Flächenstilllegung über 2024 hinaus,
- Wiedereinführung der Tarifglättung rückwirkend ab 2023 für sechs Jahre,
- Prüfung einer Risikoausgleichsrücklage.

Dies sind gute Entscheidungen zugunsten der Landwirtschaft, welche den unionsgeführten Ländern im Bundesrat eine Zustimmung ermöglicht haben.

Meine Meinung:

Ich begrüße die Zustimmung des Bundesrats zum Wachstumschancengesetz. Im Vermittlungsverfahren konnten wir entscheidende Verbesserungen für die Wirtschaft im Allgemeinen und die Landwirtschaft im Besonderen erzielen.

Fakt ist dennoch: Die Belastungen für die Landwirtschaft sind noch immer zu hoch. Die Ministerpräsidenten der SPD-geführten Länder waren nicht dazu bereit, die Agrardiesel-Rückvergütung beizubehalten.

In Regierungsverantwortung werden wir als Union daher in einem steuerlichen Gesamtpaket, einschließlich des Aspekts der Besteuerung der Dieselmotoren, die Belastung für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe auf ein Niveau absenken, das maximal dem europäischen Durchschnitt entspricht. Den Landwirtinnen und Landwirten gilt großer Dank, dass sie mit ihrem Engagement die von der Bundesregierung geplante Kfz-Besteuerung landwirtschaftlicher Fahrzeuge gestoppt haben.

Aktuelle Stunde: Antisemitismus in allen Erscheinungsformen aktiv bekämpfen – Keine falsche Nachsicht in Kultur, Bildung und Wissenschaft

Seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 ist Antisemitismus an deutschen Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen sowie im Kunst- und Kulturbetrieb in erschreckender und alarmierender Weise zutage getreten. Jüdische Schüler, Lehrkräfte, Studenten und Wissenschaftler erfahren noch häufiger als zuvor Anfeindungen und Angriffe. Antisemitische Vorfälle im Kulturbetrieb – etwa bei der documenta in Kassel oder jüngst bei der Preisverleihung der Berlinale in Berlin – bleiben in der eigenen „Szene“ zu oft unwidersprochen.

Antisemitismus ist in Deutschland generell – zu jeder Zeit und an jedem Ort – inakzeptabel. Dies gilt damit selbstverständlich auch in Bildungseinrichtungen, an Hochschulen sowie im Kunst- und Kulturbereich. Es braucht eine breite gesellschaftliche und parteiübergreifende Reaktion auf die neuerlichen, unerträglichen Vorfälle von Antisemitismus.

Mit einer „[Aktuellen Stunde](#)“ auf Antrag unserer Fraktion fordern wir die Bundesregierung zum Handeln auf. Hochschulgesetze müssen angepasst werden, damit die Möglichkeit der Exmatrikulation insbesondere bei antisemitischen Gewalttaten besteht. Das staatlich vergebene Label der „Exzellenz“ in Wissenschaft und Forschung dürfen aus unserer Sicht künftig nur solche Einrichtungen erhalten, die konsequent gegen Antisemitismus vorgehen.

Wir erwarten, dass künftig keine Bundesmittel an Kulturprojekte oder Einrichtungen fließen, die Antisemitismus eine Bühne bieten. Wenn Förderungen bereits erfolgt sind, müssen diese zurückgefordert werden. Wir brauchen eine einheitliche, verbindliche Verpflichtungserklärung gegen Antisemitismus für alle bundesgeförderten Kultureinrichtungen. Antisemitismus darf in Deutschland im Allgemeinen und in Bildungseinrichtungen, in Kunst und Kultur im Besonderen keinen Platz haben!

Deutschland aus der Baukrise führen – Jetzt wirksame Maßnahmen für bezahlbares Bauen und Wohnen ergreifen

Deutschland ist in einer echten Wohnungsbaukrise. Die Lage ist dramatisch: Die Baugenehmigungszahlen brechen flächendeckend ein, die Auftragsbücher der Unternehmen laufen leer und Projekte werden reihenweise storniert. Einige Unternehmen mussten bereits Insolvenz anmelden, viele andere sind in eine bedenkliche finanzielle Schieflage geraten. Es gibt bereits Kurzarbeit und erste Entlassungen.



Wir brauchen jetzt einen Impuls für mehr und bezahlbaren Wohnungsbau!

Die Ampel-Regierung hat bisher alle Hilferufe aus der Bauwirtschaft ungehört verhallen lassen. Leidtragende sind die vielen hunderttausend Menschen, die auf der Suche nach einer bezahlbaren Wohnung sind. Mit unserem Antrag – den wir in dieser Woche abschließend beraten – stellen wir deshalb fest: Die Bauwirtschaft ist ein tragender Pfeiler unserer Konjunktur. Angesichts der dramatischen Lage auf dem Wohnungsmarkt muss gegengesteuert werden.

Dafür ist ein Dreiklang aus steuerlichen Maßnahmen, gezielter Förderung und der Senkung von Bau- und Baunebenkosten nötig. Der Staat muss vom Kostentreiber des Wohnungsbaus zum Impulsgeber werden. So erhalten wir Baukapazitäten und schaffen Raum für bezahlbares Bauen und Wohnen. Der Bundeskanzler steht hier persönlich in der Verantwortung, denn er hatte sich im Bundestagswahlkampf die Schaffung bezahlbaren Wohnraums auf die Fahnen geschrieben.

Die Schiene in die Zukunft führen – Deutsche Bahn AG neu aufstellen

Die Deutsche Bahn befindet sich in der Krise. Unpünktlichkeit, kaputte Züge und Unzuverlässigkeit sind bei Zugreisen trauriger Alltag. Der Betrieb auf der Schiene ist notorisch überlastet, obwohl die angestrebte Verlagerung von anderen Verkehrsträgern auf die Schiene nicht erreicht wurde.

Die Deutschen Bahn hat die notwendigen Investitionen in den Aus-, Um- und Neubau der Schiene nicht getätigt. Dabei hat sie vom Eigentümer Bund dafür viele Milliarden Euro erhalten, unter anderem über die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen I bis III und das „1000 Bahnhöfe-Programm“.

Die Ampel plant aktuell nur geringfügige Änderungen bei der Bahn. Von einer echten Reform sind die Vorschläge weit entfernt. Mit unserem [Antrag](#) – den wir in dieser Woche abschließend beraten – stellen wir fest: Bei der Deutschen Bahn kann es nicht so weitergehen wie bisher. Das Unternehmen muss grundlegend neu aufgestellt werden. Es braucht einen echten Quantensprung im Personen- und Güterverkehr. In unserem Leitantrag schlagen wir deshalb vor, die Infrastruktur vollständig vom Transportbereich zu trennen. Die Struktur von über 700 Tochterunternehmen muss entflochten werden. Der Verkehrsminister sollte hierfür mehr Einflussmöglichkeiten erhalten, dafür dann aber auch die Gesamtverantwortung für die Umsetzung der Bahnpolitik tragen.

Videos der Woche



In der letzten Ausgabe hatte ich versprochen, mich heute zum Thema Rente zu äußern:

[KLICK](#)



Was verbindet sich hinter dem Kürzel SKAO? Finden Sie es raus! [KLICK](#)



Haben wir ein Problem mit der Meinungsfreiheit an unseren Schulen? Ich sage: Nein!

Zitat der Woche

«Um es einmal klar zu sagen: Die steuerfinanzierten unterstützenden Leistungen sind in erster Linie für die, die wollen, aber nicht können – und nicht für die, die können, aber nicht wollen.»

(Der stellvertretende Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft **Dennis Radtke** am 19.3.2024 im „Deutschlandfunk“ zum Bürgergeld.)

*Liebe Leserinnen und Leser,
Ihnen allen wünsche ich eine
ruhige Karwoche und ein fröhliches
und sonniges Osterfest!*

Beschluss des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands vom 18. März 2024

Die Neue Grundsicherung

Die Politik der CDU Deutschlands ist geprägt vom christlichen Menschenbild. Dieses Bild vom Menschen ist grundsätzlich ein positives. Wir gehen davon aus, dass jeder Mensch etwas kann. Wir sind der festen Überzeugung, dass Arbeit sinnstiftend ist und Teilhabe sowie Eigenständigkeit ermöglicht. Dafür braucht es einen starken aktivierenden Sozialstaat, der den Prinzipien von Solidarität, Subsidiarität und Eigenverantwortung folgt.

Jeder in unserem Land kann sich darauf verlassen, dass ihm geholfen wird, wenn er Hilfe benötigt. Gute Sozialpolitik macht eine Gesellschaft stark und widerstandsfähig. Sie hilft dabei, dass jeder sich mit seinen Talenten und Fähigkeiten einbringen kann. Schlecht gemachte Sozialpolitik bewirkt genau das Gegenteil. Sie alimentiert und lähmt damit Menschen. Sie frustriert die Fleißigen und schwächt damit die Bereitschaft zur Solidarität. Und letzten Endes ist sie ineffizient und teuer. Und genau das sehen wir gerade in der Politik der Ampel: schlechte Sozialpolitik.

Das gilt insbesondere in Zeiten eines enormen Arbeitskräftemangels. Es ist nicht hinnehmbar, dass trotz dieses Arbeitskräftemangels die Zahl der Arbeitslosen wieder steigt. Wir wollen eine Rückkehr zu einem System des Förderns und Forderns, um den Menschen zu helfen, ihre Arbeitskraft in die Gesellschaft einzubringen, finanziell auf eigenen Beinen zu stehen und ihren Lebensunterhalt wieder aus eigener Kraft zu bestreiten.

Die große Mehrheit der Menschen in der Grundsicherung will arbeiten und versucht, das System zu verlassen. Diese Menschen, die unsere Hilfe wirklich brauchen, müssen wir besser unterstützen. Eine Minderheit, die sich nicht an die Regeln hält bzw. diese ausnutzt, bringt das gesamte System in Verruf. Deshalb fordern wir:

Einen Namen, der Klarheit schafft. Grundsicherung steht nicht jedem zu, sondern ist eine Unterstützung für diejenigen, die ihren Lebensunterhalt nicht durch eigene Arbeit oder Vermögen bestreiten können. Der Name „Bürgergeld“ führt in die Irre und ist Ausdruck des politischen Konzepts eines bedingungslosen Grundeinkommens. Dieses Konzept lehnen wir klar ab. Deshalb werden wir das „Bürgergeld“ durch eine „Neue Grundsicherung“ ersetzen.

Bessere Arbeitsanreize. Mit der Einführung des Bürgergelds wurden Anreize gegen eine Arbeitsaufnahme und Mehrarbeit gesetzt. Wir fordern eine Reform der Hinzuverdienstgrenzen, um die finanziellen Anreize, Arbeit generell bzw. mehr Arbeit aufzunehmen, zu erhöhen, damit die Menschen am Ende des Monats tatsächlich mehr Geld in der Tasche haben.

Vermitteln, vermitteln, vermitteln. Das Ziel muss die Vermittlung in Arbeit sein. Viele Menschen sind seit vielen Jahren auf die Grundsicherung angewiesen. Ihnen fehlt die passende Qualifikation, oder sie sind durch Krankheiten nur bedingt arbeitsfähig. Wir fordern, dass der Fokus der Jobcenter auf eine intensive und qualifizierende Unterstützung der Hilfeempfänger gelegt wird, damit diese langfristig auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß fassen. Die Beratungsdichte muss erhöht, die Fallbelastung reduziert werden.

Beratung, Potenzialanalysen und Vermittlung sind dabei wichtige und zentrale Instrumente. Es muss sichergestellt werden, dass die einzelnen Jobcenter für ihre jeweilige Arbeitsmarktsituation bedarfsgerecht und mit ausreichenden finanziellen Mitteln für eine erfolgreiche Eingliederung ausgestattet sind. Dabei müssen gemeinsam mit den Kommunen die persönlichen Hindernisse zur Arbeitsaufnahme überwunden werden. Die Jobcentermitarbeiter behandeln die Menschen, die einen Antrag auf Grundsicherung stellen, respektvoll und höflich. Umgekehrt erwarten wir dasselbe. Wir wollen verbindliche Eingliederungsvereinbarungen, um Rechte und Pflichten klar zu regeln.

Prozesse automatisieren und digitalisieren. Durch mehr Digitalisierung und Automatisierung müssen Verwaltungsprozesse massiv verschlankt werden. Künstliche Intelligenz kann dabei z. B. bei Identitäts-, Antrags- und Unterlagenprüfungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlasten und Prozesse beschleunigen. Häufig steht der Datenschutz solchen Lösungen im Weg. Wir werden den Datenschutz in Deutschland auf der Grundlage europäischer Mindeststandards handhabbar machen. Wir werden dafür Sorge tragen, dass die Ressourcen im Jobcenter nicht in unnötig komplizierte Berechnungen von Auszahlungen anstatt in die Betreuung von Arbeitssuchenden fließen.

Integration durch Arbeit. Viele Menschen, die Grundsicherung beziehen und keiner Beschäftigung nachgehen, sind als Asylsuchende in unser Land gekommen. Ihnen fehlen Sprachkenntnisse oder die Anerkennung ihrer erlernten Berufe. Das System der Grundsicherung setzt aktuell zu wenige Anreize, zunächst auch einfache, nicht der eigenen Qualifikation entsprechende Arbeit anzunehmen. Wir sind der Ansicht, dass fehlende Deutschkenntnisse der Aufnahme von Arbeit je nach Branche und Berufen nicht per se entgegenstehen. Es sollte daher mit der Arbeitsvermittlung nicht darauf gewartet werden, bis Integrations- oder Sprachkurse abgeschlossen sind. Vielmehr lehrt die Erfahrung, dass Spracherwerb gerade auch im Arbeitsalltag stattfindet. Wir halten es daher für sinnvoll und auch zumutbar, den weiteren Spracherwerb auch berufsbegleitend fortzuführen. Gerade für Eltern und insbesondere für Alleinerziehende mit kleinen Kindern muss dabei die Kinderbetreuung sichergestellt sein. Gleichzeitig wollen wir durch gute Bildung und Ausbildung von Anfang an die Voraussetzungen schaffen, dass alle Menschen in unserem Land befähigt werden, eine qualifizierte Arbeit zu finden. Ein besonderer Schwerpunkt muss dabei auf die frühkindliche Bildung und den Spracherwerb gelegt werden.

Sanktionen als Mittel für Akzeptanz. Jeder hat die Verpflichtung, alles zu tun, um möglichst schnell wieder ohne die Unterstützung der Solidargemeinschaft auszukommen. Mit dem Aussetzen von Sanktionen hat die Ampel den Mitarbeitern der Jobcenter die Mittel genommen, diesen berechtigten Anspruch der Steuerzahler auch einzufordern. Deshalb wollen wir Sanktionen schneller, einfacher und unbürokratischer durchsetzen. Wir vertrauen darauf, dass die Jobcentermitarbeiter die Sanktionsmöglichkeiten verantwortungsvoll, individuell angemessen und verhältnismäßig nutzen. Für uns ist klar: Jeder, der arbeiten kann, sollte auch einer Arbeit nachgehen. Lehnt ein arbeitsfähiger Grundsicherungsempfänger ohne sachlichen Grund eine ihm zumutbare Arbeit ab („Totalverweigerer“), soll zukünftig davon ausgegangen werden, dass er nicht bedürftig ist. Ein Anspruch auf Grundsicherung besteht dann nicht mehr. Dabei werden wir sicherstellen, dass die Kinder und Partner nicht unter dem Verhalten von Totalverweigerern leiden.

Termine müssen wahrgenommen werden. Persönliche Gespräche mit den Arbeitsvermittlern in den Jobcentern sind essenziell für die Beratung, Qualifizierung und Vermittlung von Grundsicherungsbeziehern. Wir wollen diese Mitwirkungspflicht stärker einfordern. Künftig soll jeder, der zu Terminen ohne sachlichen Grund mehr als einmal nicht erscheint, zunächst keine Leistungen mehr bekommen. Diese einbehaltenen Leistungen sollen erst dann ausgezahlt werden, wenn der Gesprächsfaden wieder aufgenommen wird. Wenn es auch nach drei Monaten keinen Kontakt mehr zum Jobcenter gegeben hat, soll davon ausgegangen werden, dass keine Hilfsbedürftigkeit mehr vorliegt. Damit wollen wir zur Mitarbeit motivieren und die Vermittler in den Jobcentern bei ihrer wichtigen Arbeit unterstützen.

Solidarität nur für diejenigen, die wirklich Hilfe benötigen. Wir wollen die Karenzzeit von zwölf Monaten abschaffen und künftig wieder ab dem ersten Tag in der Grundsicherung eine Vermögensprüfung durchführen. Wir fordern, das Schonvermögen von der Zahl der Arbeitsjahre abhängig zu machen. Ebenso wollen wir die lange Karenzzeit für die Übernahme der Unterbringungskosten in unverhältnismäßig großem und teurem Wohnraum abschaffen. Dabei gilt es, Obdachlosigkeit zu vermeiden.

Sozialleistungsmissbrauch bekämpfen. Großangelegter Sozialleistungsmissbrauch, im Inland sowie durch im Ausland lebende Menschen, muss beendet werden. Dazu fordern wir einen vollständigen Datenaustausch zwischen den Sozial-, Finanz- und Sicherheitsbehörden und einen starken Rechtsstaat. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit wollen wir weiter stärken und so härter gegen diejenigen vorgehen, die illegale Beschäftigung betreiben oder die „schwarz“ arbeiten.

Den Anpassungsmechanismus modernisieren. Es soll weiterhin eine jährliche Anpassung der Regelsätze erfolgen. Es ist richtig, dass steigende Preise nicht erst rückwirkend zu höheren Grundsicherungsleistungen führen. Die historisch hohen Inflationsraten der vergangenen zwei Jahre haben jedoch zu unverhältnismäßigen Anpassungen und damit Akzeptanzproblemen in der Bevölkerung geführt. Solche Extreme wollen wir künftig verhindern.

Ein einziges System der Grundsicherung. Derzeit existieren in Deutschland zwei unzureichend aufeinander abgestimmte Sicherungssysteme: das Bürgergeld auf der einen Seite und auf der anderen Seite ein System, das Wohngeld, Kindergeld, Kinderzuschlag und den Unterhaltsvorschuss umfasst. Das Nebeneinander dieser Systeme ist kaum zu durchschauen und führt dazu, dass der Zugang zu den Leistungen für die Menschen in unserem Land erheblich erschwert wird. Wir wollen perspektivisch diese Systeme daher in eine neue und einheitliche Struktur überführen.